

**Visionen von einem humaneren Europa  
Vorschläge für eine neue Politik in einer angespannten  
Weltsituation**

Seit Mitte der 90er-Jahre treffen sich ehemalige Weggefährten Willy Brandts wie Egon Bahr und Günter Grass sowie Vertreter der jüngeren Generation, z.B. Dieter Lutz und Oskar Negt, um im Geist des ersten sozialdemokratischen Bundeskanzlers Visionen über „Frieden, Demokratie und die Einheit Deutschlands in Europa“ zu diskutieren.

An dem daraus hervorgegangenen Sammelband des Willy-Brandt-Kreises haben 17 Autoren mitgewirkt, allesamt renommierte Persönlichkeiten. Ihr Anliegen: „Defizite und Gefahren einer Nation, die zwar nicht mehr geteilt, aber auch nicht wirklich zusammengewachsen ist“, zu analysieren und Strukturen einer Gesellschaft zu hinterfragen, in der „technologische Entwicklung, Kapital und Globalisierung über den Menschen“ gestellt werden.

Wie ein roter Faden zieht sich durch die Beiträge die Sorge um die sich rapide verändernden ökonomischen Verhältnisse. Galt einst die Formel „Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen“, so läuft es gegenwärtig darauf hinaus, wie Oskar Negt zeigt, dass „die Gewinne von heute die Arbeitslosen von morgen sind“. Maßloses Gewinnstreben, das sich einseitig an den Interessen der Aktionäre orientiert und bedenkenlos Arbeitsplätze einspart, zerstört unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. „Wenn das Trachten nach Geld und Reichtum das Kriterium richtigen Verhaltens ist, gibt es keine Möglichkeit, produktives Handeln von Räuberei zu unterscheiden.“

Claus Noé belegt, wie die weltweit aktiven Finanzmärkte zunehmend Politiker entmachten und den Verfassungsstaat unterhöhlen. Analysten hat niemand gewählt, dennoch entscheiden sie über das Schicksal zahlloser Unternehmungen - die Kursentwicklung ist ihnen wichtiger als das Wohl der Beschäftigten. Die Folge des ungebremsten Kasinokapitalismus: 365 000 Einkommensmillionäre, knapp ein halbes Prozent der Bevölkerung, besitzen inzwischen ein Viertel des bundesdeutschen Geldvermögens.

Der „Terror der Ökonomie“, so die einhellige Meinung von Daniela Dahn, Edelbert Richter, Hans Misselwitz und Günter Grass, ist auch die eigentliche Ursache für den wirtschaftlichen Absturz in den neuen Bundesländern. Die schlagartige Aufwertung der Ostmark, eine hemmungslose Privatisierung sowie die zu schnelle Einführung der Marktwirtschaft ermöglichten das „größte Bereicherungsprogramm für Westdeutschland, das es je gegeben hat“. „Absahnen im großen Stil“ wurde zudem steuerlich begünstigt. „Nur in den übelsten Phasen deutscher Geschichte hat Habsucht so folgenreich um sich greifen dürfen“ (Grass). Ohne eine schnelle industriepolitische Offensive, ohne Förderung von Netzwerken und ohne effektive Vermögensbildung in den mitteldeutschen Betrieben werde der Osten weiter stagnieren und Deutschlands „Mezzogiorno“ bleiben.

## **Mit Russland**

Nach Auffassung der Autoren ist es die Aufgabe der Bundesrepublik, die europäische Integration nach Osten unter Einbeziehung Russlands voranzutreiben. Da die Europäer 90 Prozent ihrer Exporte untereinander abwickeln, liege die Zukunft primär in der Schaffung einer stabilen gesamt-europäischen Wirtschaftsunion. Nicht anonyme Banker und spekulative Devisenmärkte dürften länger die ökonomischen Bedingungen diktieren. Zu schaffen sei ein Europa, das sich als gleichwertig neben den USA versteht, die Spaltung des Kontinents in Ost und West überwindet und eine demokratisch-soziale Alternative zu der „unipolaren neuen Weltordnung“ der Amerikaner entwickelt.

Dazu bedarf es, wie Dieter Lutz darlegt, mit Sicherheit eines „Zukunftsrates“, eines Teams von Experten, die unabhängig und über den Parteien stehend den Kampf gegen „Umweltgefahren, Seuchen, Hungersnöte, Ressourcenverknappung und Kriege der vielfältigsten Art“ aufnehmen und den neoliberalen Kahlschlag beenden.

Sammelbände leiden oft darunter, dass Einzelbeiträge wahllos nebeneinander gereiht sind und keine Zusammenhänge erkennbar werden. Die Autoren des Willy-Brandt-Kreises haben diese Klippe vermeiden können, weil sie ein gemeinsames Anliegen verbindet: die Vision einer sozialen und humanen Gesellschaft, in der das Wohl der Bürger Priorität genießt und nicht das Verlangen nach Macht und Geld. Den Parteien aller Couleur kann man nur empfehlen, einzelne Kapitel sorgfältig zu studieren und die vorgetragenen Analysen und Vorschläge zu überdenken. Denn ohne neue Konzepte werden sich die gewaltigen Probleme des 21. Jahrhunderts keinesfalls lösen lassen.

„Das Parlament“ Nr. 40 vom 28.09.2001